

## **Anke Siefer**

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin  
Leiterin der Gruppe 1.2 „Monitoring, Politikberatung“

### **Wie sieht es in der öffentlichen Verwaltung aus? Arbeitsbedingungen im Datenüberblick**

Der Vortrag basierte auf dem Schwerpunktkapitel „Sicherheit und Gesundheit im Öffentlichen Dienst“

des Berichtes **Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2010 - Unfallverhütungsbericht Arbeit - (SuGA 2010)**.

Herausgeber des Berichtes ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Die elektronische Version des SuGA 2010 finden Sie unter [www.baua.de/suga](http://www.baua.de/suga) bzw. weitere Informationen unter [www.baua.de](http://www.baua.de).

Nachfolgend wird der Wortlaut des Schwerpunktkapitels „Sicherheit und Gesundheit im Öffentlichen Dienst“ als Vortragszusammenfassung dargeboten.



#### 4. Schwerpunkt – Sicherheit und Gesundheit im Öffentlichen Dienst

Das Aufgabenspektrum des Öffentlichen Dienstes ist breit: von der Bundesverwaltung über Schulen, Polizei, Krankenhäuser bis hin zu kommunalen Zweckverbänden. Dementsprechend unterscheiden sich die Aufgaben und die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen erheblich. Eins haben aber alle gemeinsam: Der Wandel der Arbeitswelt ist längst auch im Öffentlichen Dienst angekommen. So sind auch den ca. 4,6 Millionen Mitarbeitern dort Stellenkürzungen, Ausgliederungen von Unternehmensteilen und anders bedingte Umstrukturierungsprozesse nicht fremd. In diesem Zusammenhang haben sich die Rahmenbedingungen der Arbeit und damit verbunden auch die Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst im letzten Jahrzehnt deutlich verändert.

In diesem Kapitel wird eine Beschreibung der Arbeitswelt im Öffentlichen Dienst vorgenommen. Dabei wird zunächst die Personalstruktur beschrieben (Abschnitt 4.1), bevor auf Arbeitsbedingungen (Abschnitt 4.2) eingegangen wird. Ein weiterer Fokus liegt auf der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, bei der neben gesundheitlichen Beschwerden (ebenfalls Abschnitt 4.2) auch Arbeitsunfälle (Abschnitt 4.3) und Berufskrankheiten (Abschnitt 4.4) betrachtet werden. Ein Blick auf das Restrukturierungsgeschehen im Öffentlichen Dienst rundet das Bild ab (Abschnitt 4.5).

**HINWEIS:** Die in diesem Kapitel verwendeten Statistiken basieren nicht alle auf der gleichen Definition des Öffentlichen Dienstes. Daher wird am Beginn eines jeden Abschnittes beschrieben, welche Bereiche aktuell betrachtet werden.

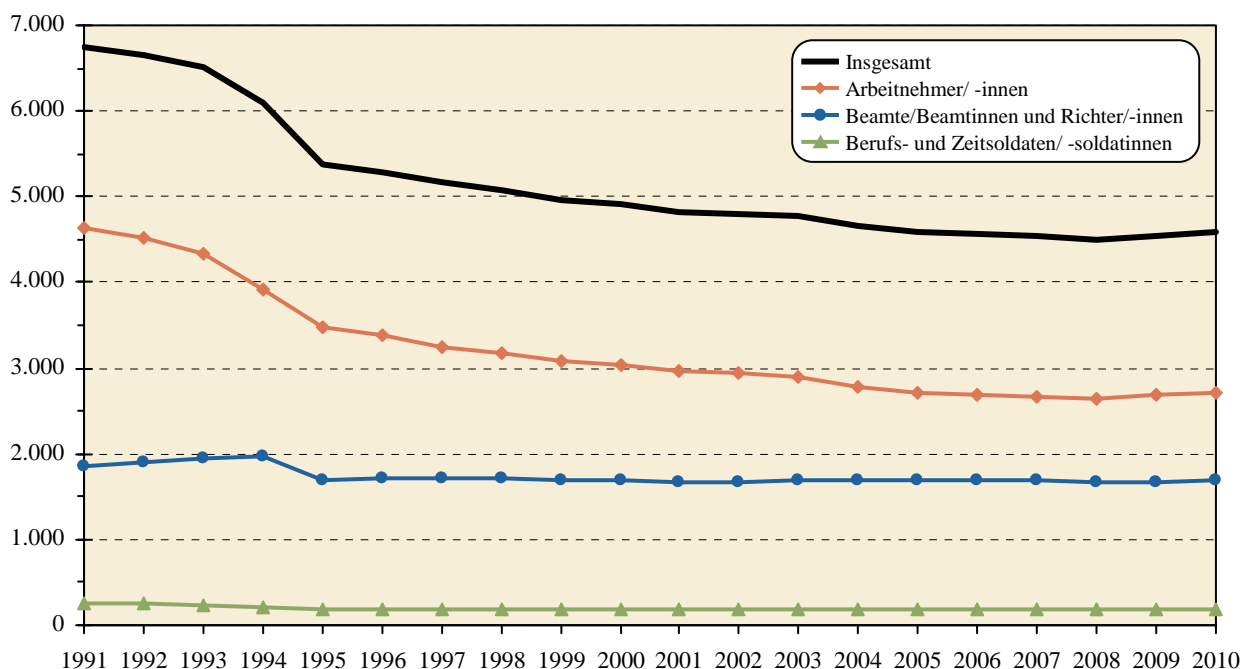
##### 4.1 Rahmendaten im Öffentlichen Dienst

Zur Personalstatistik des Öffentlichen Dienstes (erhoben durch das Statistische Bundesamt) zählen neben Bund, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden auch Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und andere rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter Rechtsaufsicht von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden stehen. Nicht in diese Betrachtungen einbezogen sind Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung.

Zur Vereinfachung der Tabellen und Abbildungen wurden neben den ohnehin gemeinsam mit den Beamten/Beamtinnen ausgewiesenen Richtern und Richterinnen auch die Bezieher von Amtsgehalt dieser Kategorie zugerechnet, wobei es sich hierbei nur um insgesamt 241 Personen handelt. Dazu zählen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, die Ministerpräsidenten der Länder, Minister, Ministerinnen, Senatoren, Senatorinnen und die Parlamentarischen Staatssekretäre

**Abb. 20:** Personal im Öffentlichen Dienst – von 1991 bis 2010

Anzahl in Tsd.





**Tab. 26** Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereich und -verhältnis 2010

Beschäftigungsbereich	Beamte/ Beamtinnen	Berufs- und Zeitsoldaten/ -soldatinnen	Arbeitnehmer/ -innen	Gesamt
Bund, Länder und Gemeinden/ Gemeindeverbände	1.565.086	185.725	1.888.639	<b>3.639.450</b>
<i>Bund</i>	129.556	185.725	141.983	<b>457.264</b>
<i>Länder</i>	1.253.453	-	687.243	<b>1.940.696</b>
<i>Gemeinden/ Gemeindeverbände</i>	182.077	-	1.059.413	<b>1.241.490</b>
Sonstige <sup>1</sup>	121.967	-	824.720	<b>946.687</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.687.053</b>	<b>185.725</b>	<b>2.713.359</b>	<b>4.586.137</b>

<sup>1</sup> Zweckverbände, Bundeseisenbahnvermögen und mittelbarer Öffentlicher Dienst

und Staatssekretärinnen.

Betrachtet man die Personalentwicklung im Öffentlichen Dienst seit 1991, so sieht man (Abb. 20) deutliche Rückgänge Anfang der 90er Jahre. Die Kurve flacht danach zwar ab, der Personalabbau geht aber stetig weiter. Die Rückgänge Anfang der 90er Jahre gehen – neben der Privatisierung von Bundeseisenbahnvermögen und Bundespost – vornehmlich auf die Angleichung der Personalausstattung der neuen Bundesländer (inkl. der zugehörigen Gemeinden) an die Verhältnisse in den alten Ländern zurück. Seit dem Beginn dieses Jahrtausends sind Privatisierungen vermehrt auch bei kommunalen Krankenhäusern, Abfallentsorgung oder bei der Straßenreinigung zu finden.

Insgesamt verteilen sich die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Bereiche (vgl. Tab. 26). Der weitaus größte Teil des Personals ist bei den Ländern angestellt (42,3 %), gefolgt von Gemeinden und Gemeindeverbänden (27,1 %). Während nur etwa 10,0 % der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes beim Bund arbeiten, entfallen 20,6 % auf Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen und den mittelbaren Öffentlichen Dienst (im Weiteren als „sonstige Bereiche“ bezeichnet).

Schaut man dabei auf das Beschäftigungsverhältnis, fällt auf, dass fast zwei Drittel der Beschäftigten der Bundesländer verbeamtet sind (64,6 %). Beim Bund hingegen machen Berufs- und Zeitsoldaten (40,6 %) einen erheblichen Teil aus. Bei Gemeinden und Gemeindeverbänden, aber auch in sonstigen Bereichen sind überwiegend Arbeitnehmer beschäftigt (Gemeinden: 85,3 %; Sonstige: 87,1 %).

Diese Unterschiede sprechen dafür, in den einzelnen Bereichen genauer auf die Aufgabenbereiche zu

schauen, wobei diese Daten nur für Bund, Länder und Gemeinden zur Verfügung stehen.

Den Anteilen der Berufs- und Zeitsoldaten entsprechend arbeitet der überwiegende Teil des Bundespersonals im Bereich der Verteidigung (60,3 %), gefolgt von den Bereichen Öffentliche Sicherheit und Ordnung (9,9 %, insb. Bundespolizei mit 8,6 %), Finanzverwaltung (9,1 %) und der politischen Führung und zentralen Verwaltung (7,4 %).

Von den Beschäftigten der Länder sind 59,1 % im Bildungsbereich tätig (Schulen: 36,5 %; Hochschulen: 20,2 %). Darüber hinaus ist auch hier der Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung (12,0 %, insb. Polizei mit 11,4 %) zu nennen. Auch der Rechtsschutz, zu dem Gerichte und Justizvollzugsanstalten gehören (7,6 %), die Finanzverwaltung (6,2 %) und die politische Führung und zentrale Verwaltung (5,8 %) zählen zu den größeren Bereichen.

Im Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände gibt es keine so deutliche Konzentration auf wenige Bereiche. Im Bereich der sozialen Sicherung arbeiten mit 22,8 % (insb. Tageseinrichtungen für Kinder mit 11,2 %) die meisten Beschäftigten, gefolgt von der Allgemeinen Verwaltung (19,9 %). Etwas kleinere Anteile der Beschäftigten entfallen auf die folgenden Bereiche:

- Gesundheit, Sport, Ernährung: 12,3 % (insb. Krankenhäuser mit 7,6 %; aber auch z. B. Sportstätten und Parks)
- Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung: 10,5 % (inkl. Abwasserbeseitigung)
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung: 9,0 % (inkl. Öffentliche Ordnung und Feuerschutz)
- Bau- und Wohnungswesen, Verkehr: 8,4 %
- Schulen: 8,2 %



**Tab. 27** Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nach Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis 2010

	<b>Beamte/ Beamtinnen</b>	<b>Berufs- und Zeitsoldaten/ -soldatinnen</b>	<b>Arbeitnehmer/ -innen</b>	<b>Gesamt</b>
Gesamt	1.687.053	185.725	2.713.359	<b>4.586.137</b>
<i>Männer</i>	905.005	170.071	1.043.899	<b>2.118.975</b>
<i>Frauen</i>	782.048	15.654	1.669.460	<b>2.467.162</b>

**Tab. 28** Anteil von Teilzeitbeschäftigten im Öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen und Geschlecht

<b>Teilzeitbeschäftigte</b>	<b>Bund</b>	<b>Länder</b>	<b>Gemeinden/ Gemeinde- verbände</b>	<b>Sonstige Bereiche</b>	<b>Gesamt</b>
Gesamt	11,4	31,5	40,0	33,7	<b>32,3</b>
<i>Männer</i>	5,2	14,1	14,5	18,4	<b>13,6</b>
<i>Frauen</i>	30,5	45,6	57,4	45,1	<b>48,3</b>

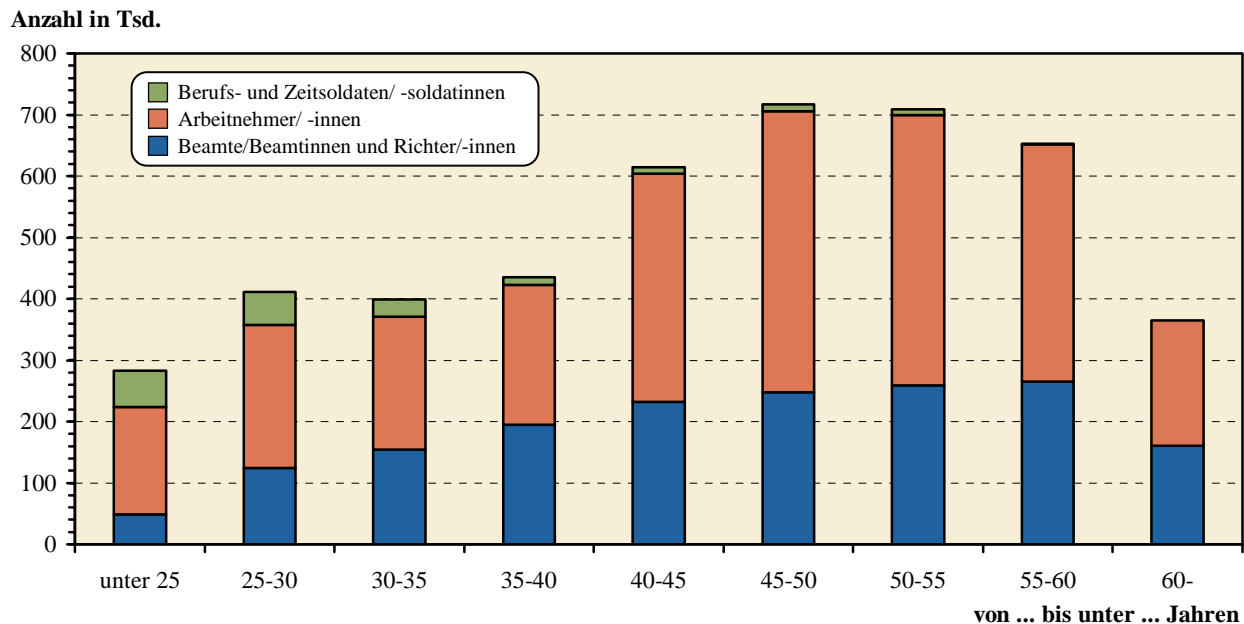
Werte in Prozent

**Tab. 29** Anteil von befristet Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereich und Teil- bzw. Vollzeit

<b>Befristungsquote</b>	<b>Bund</b>	<b>Länder</b>	<b>Gemeinden/ Gemeinde- verbände</b>	<b>Sonstige Bereiche</b>	<b>Gesamt</b>
Gesamt	2,1	6,6	7,4	17,9	<b>8,7</b>
<i>Vollzeit</i>	1,8	4,5	6,8	15,3	<b>6,9</b>
<i>Teilzeit</i>	4,2	11,3	8,4	22,9	<b>12,6</b>

Werte in Prozent

**Abb. 21:** Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nach Alter und Beschäftigungsverhältnis



Zum 30.06.2010 waren im Öffentlichen Dienst insgesamt 202.403 Personen in der Ausbildung. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass zum Stichtag (30.06.2010) bereits Ausbildungen abgeschlossen sein können, das neue Ausbildungsjahr aber noch nicht begonnen hat. Dadurch kann das Ausbildungsvolumen deutlich unterschätzt werden. Die 202.403 Personen verteilen sich recht gleichmäßig auf Beamte und Arbeitnehmer. Dabei sind die Länder als Ausbildungsbetriebe weit vorne (118.337), gefolgt von Gemeinden und Gemeindeverbänden (40.993). Der Bund hatte zum Stichtag 13.384 Auszubildende unter Vertrag. Die restlichen Auszubildenden entfallen auf Zweckverbände und Bereiche des mittelbaren öffentlichen Dienstes (29.689). Der Frauenanteil liegt bei 60,6 %, ohne dass es größere Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitnehmern gibt.

Insgesamt sind im Öffentlichen Dienst 53,8 % der Beschäftigten weiblich (vgl. Tab. 27). Die Frauenquote differiert stark nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses: So liegt diese bei Soldaten erwartungsgemäß niedrig (8,4 %), bei Beamten (46,4 %) und Arbeitnehmern (61,5 %) hingegen deutlich höher.

Die Verteilung der unterschiedlichen Altersgruppen zeigt deutlich die häufig diskutierte „Überalterung des Öffentlichen Dienstes“, die es sowohl auf Seiten der Beamten, als auch auf Seiten der Arbeitnehmer gibt (vgl. Abb. 21). Der Anteil der Soldaten dagegen ist in den unteren Altersklassen höher.

Ungefähr ein Drittel der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst arbeitet in Teilzeit (s. Tab. 28), bei den Frauen betrifft dies sogar fast jede zweite. Damit lie-

gen die Teilzeitquoten des Öffentlichen Dienstes jeweils leicht über dem Durchschnitt (26,7 %; vgl. Tab. 1). Dabei zeigt sich für alle Bereiche und beide Geschlechter ein recht konstanter Anteil an Altersteilzeit von ungefähr 6 % (Ausnahme: beim Bund beschäftigte Männer mit 4,0 %). Die Tendenz ist dabei deutlich steigend: Seit 2000 hat sich die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erheblich vergrößert (1,21 Mio. in 2000 vs. 1,48 Mio. in 2010), wobei dies zu großen Teilen in der Altersteilzeit begründet liegt. Hier hat sich die Zahl der Beschäftigten verfünffacht (58,6 Tsd. vs. 290,0 Tsd.).

Der Anteil der befristeten Arbeitsverträge (s. Tab. 29) liegt im Öffentlichen Dienst mit 8,7 % insgesamt unter dem Durchschnitt (10,7 %; vgl. Tab. 1), wobei insbesondere der Bund eine deutlich niedrigere Quote aufweist (2,1 %). Insgesamt fällt auf, dass der Anteil der befristeten Verträge bei Teilzeitbeschäftigten vergleichsweise hoch ist.



## 4.2 Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst

In diesem Abschnitt werden Daten aus der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006 dargestellt. Die 20.000 im Rahmen dieser Untersuchung befragten Erwerbstätigen machten Angaben zu ihrer Ausbildung, ihrer aktuellen Arbeit, den Arbeitsbedingungen und -anforderungen, Weiterbildung und vielem mehr. Sie wurden auch um eine Zuordnung zu einem Wirtschaftsbereich (insb. Öffentlicher Dienst, Industrie, Handwerk, Dienstleistungen) gebeten. Diese „eigene Zuordnung“ zum Öffentlichen Dienst geht über die im vorigen Abschnitt definierte Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst hinaus: Hier zählen sich häufig auch Arbeitnehmer hinzu, die in privatrechtlichen Organisationen mit einer öffentlichen Beteiligung von mehr als 50 % arbeiten. Diese waren im vorigen Abschnitt noch ausgeschlossen. Zudem gaben Befragte auch dann häufig an, im Öffentlichen Dienst zu arbeiten, wenn Sie diesem tariflich zuzuordnen waren (z. B. Sparkassenmitarbeiter). Ein weiterer Aspekt, der in einigen Fällen die Nennung der Zuordnung zu diesem Bereich begründet, ist die historische Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst (z. B. bei outgesourceten städtischen Dienstleistern).

Die in diesem Abschnitt gemachten Aussagen können damit nicht ohne Einschränkungen auf den vorigen Abschnitt bezogen werden. Vornehmlich geht es in diesem Abschnitt darum, die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen Öffentlicher Dienst, Industrie, Handwerk und Dienstleistungsbe- reich zu verdeutlichen. Die Zuordnung in diese Kate- gorien ist im Verlauf der Erhebung von den Befragten selbst vorgenommen worden.

Die Zuordnung zu den o. g. Wirtschaftsbereichen steht nur begrenzt mit den Wirtschaftszweigen, in denen die Befragten arbeiten, in Zusammenhang (vgl. Tab. 30). Diese Zuordnung weist für den Öffentlichen Dienst den Schwerpunkt Öffentliche und private Dienstleistungen aus (80,1 %). Befragte, die angaben, in der Industrie zu arbeiten, kommen zu 85,0 % aus dem Produzierenden Gewerbe. Von denen, die sich selbst dem Handwerk zuordneten, entfielen 39,0 % ebenfalls auf diesen Bereich, wobei zudem 37,0 % aus dem Baugewerbe kommen. Bei den Erwerbstätigen aus der Dienstleistungsbranche lässt sich kein eindeu- tiger Schwerpunkt ausmachen. Mit 41,9 % ist der Bereich „Handel, Gastgewerbe, Verkehr“ am stärk- sten vertreten, gefolgt von Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister (26,2 %) und Öffentliche

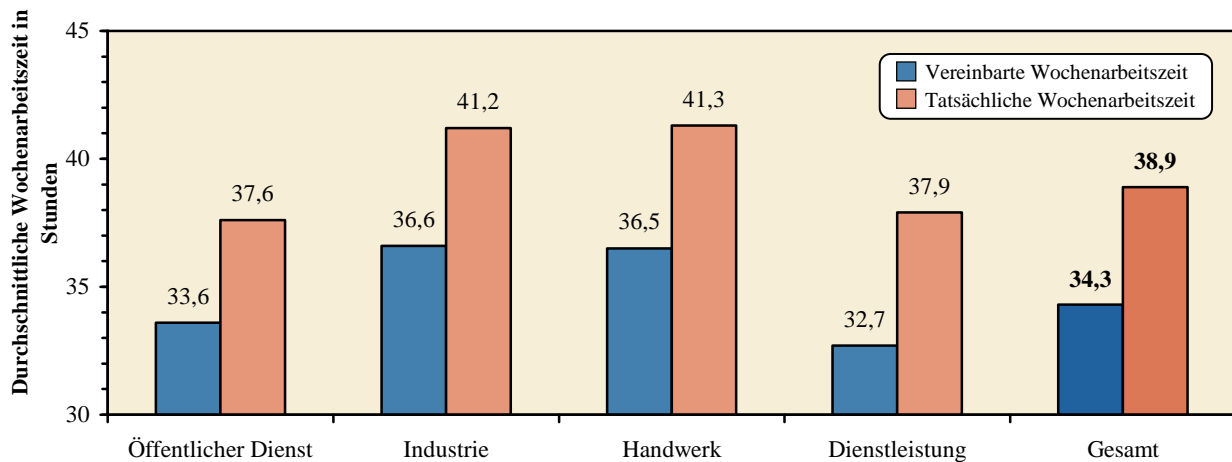
**Tab. 30:** Prozentuale Verteilung der Wirtschaftsbereiche auf die verschiedenen Wirtschaftszweige

Code	Wirtschaftszweig <sup>1</sup>	Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
A - B	Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	0,9	0,4	2,3	1,3	<b>1,1</b>
C - E	Produzierendes Gewerbe - ohne Baugewerbe	2,6	85,0	39,0	10,1	<b>29,5</b>
F	Baugewerbe	1,1	3,3	37,0	1,6	<b>6,4</b>
G - I	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	8,8	4,1	11,6	41,9	<b>19,8</b>
I	<i>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</i>	7,2	1,4	0,8	9,1	<b>5,7</b>
J - K	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	6,3	2,9	3,7	26,2	<b>12,2</b>
L - Q	Öffentliche und private Dienstleistungen	80,1	1,3	5,1	17,4	<b>29,5</b>
L	<i>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung</i>	28,9	0,1	0,1	0,5	<b>8,3</b>
M	<i>Erziehung und Unterricht</i>	22,1	0,0	0,1	2,5	<b>7,1</b>
N	<i>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</i>	23,2	0,3	0,6	10,0	<b>10,2</b>
	<i>Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen</i>	5,8	0,9	4,2	4,3	<b>3,9</b>
	Sonstige	0,3	2,9	1,3	1,5	<b>1,5</b>
	Stichprobengröße	5.105	4.332	2.344	6.473	<b>18.254</b>

Werte in Prozent

<sup>1</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 03)

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen

**Abb. 22:** Vereinbarte und tatsächliche Wochenarbeitszeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen

und private Dienstleistungen (17,4 %).

Bei der Betrachtung der wöchentlichen Arbeitszeit unterscheidet man die vertraglich vereinbarte und die durchschnittlich tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit (Abb. 22). Es fällt auf, dass die vereinbarte Wochenarbeitszeit im Öffentlichen Dienst (33,6 Stunden) weit niedriger liegt als in Industrie und Handwerk (36,6 bzw. 36,5 Stunden im Durchschnitt). Hier spielt – ähnlich auch im Dienstleistungsbereich der hohe Anteil an Teilzeitarbeit eine maßgebliche Rolle.

Interessant ist auch die Differenz zwischen tatsächlicher und vereinbarter Wochenarbeitszeit. Diese liegt im Öffentlichen Dienst bei 4,0 Stunden, in den anderen Bereichen aber höher (Industrie 4,6; Handwerk 4,8; Dienstleistung 5,2). Auch bei einer Einschränkung der Betrachtung auf Vollzeitbeschäftigte mit einer vereinbarten Arbeitszeit von 35 oder mehr Stunden

den bleiben diese Unterschiede bestehen.

Obwohl vielfach auch im Öffentlichen Dienst die Zeiten für Arbeitsbeginn und -ende vom Arbeitgeber fest vorgegeben sind (59,7 %) geben 63,4 % an, dass sie ihre familiären und privaten Interessen bei der Arbeitszeitplanung berücksichtigen können. Lediglich 6,5 % geben an, dass das nie der Fall ist. In den anderen Wirtschaftsbereichen liegt dieser Anteil höher: im Handwerk mit 10,7 % deutlicher als in Industrie (7,8 %) und im Dienstleistungsbereich (7,1 %).

Eine andere Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Vereinbarung von Telearbeit. Diese Möglichkeit haben im Öffentlichen Dienst weit weniger Beschäftigte (9,4 %) als in der Industrie 21,6 %, im Dienstleistungsbereich 16,1 % und im Handwerk 13,9 %.

Der Anteil an Schichtarbeit (vgl. Tab. 31) entspricht

**Tab. 31** Besondere Arbeitszeitformen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

	Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
Schichtarbeit	23,8	35,9	14,5	24,6	25,8
Bereitschaftsdienst oder Rufbereitschaft	25,6	14,7	18,1	18,4	19,5
<i>Belastung dadurch</i>	30,0	26,2	24,7	24,5	26,8
Arbeiten an Samstagen	60,8	69,1	78,0	73,2	69,4
<i>Belastung dadurch</i>	30,9	31,6	24,0	23,9	27,5
Arbeiten an Sonn- und Feiertagen	48,8	35,8	31,0	44,6	41,9
<i>Belastung dadurch</i>	39,3	36,4	34,6	31,9	35,5
Arbeiten zwischen 23 und 5 Uhr	25,6	31,6	15,3	18,3	23,6
<i>Belastung dadurch</i>	47,0	44,0	32,7	36,7	42,3

Werte in Prozent

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen





im Öffentlichen Dienst mit 23,8 % etwa dem Durchschnitt, wobei in der Industrie deutlich häufiger, im Handwerk deutlich seltener in Schichten gearbeitet wird. Bereitschafts- oder Rufdienste gibt es im Öffentlichen Dienst häufiger (25,6 %) als in anderen Bereichen. Auch der Anteil der Erwerbstätigen mit Bereitschafts- oder Rufdiensten, die dies als Belastung empfinden, ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen etwas höher (30,0 %).

Die Erwerbstätigen wurden außerdem gefragt, ob sie zumindest gelegentlich auch am Wochenende und/oder nachts arbeiten müssen. Im Öffentlichen Dienst kommt Samstagsarbeit seltener vor als in anderen Wirtschaftsbereichen, Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist aber vergleichsweise häufig. Jeder Vierte muss im Öffentlichen Dienst zwischen 23 und 5 Uhr arbeiten (25,6 %), in der Industrie betrifft das fast jeden Dritten (31,6 %).

Bei den Anforderungen, die die Arbeit an die Beschäftigten stellt, sind auch Über- oder Unterforderungen qualitativer oder quantitativer Natur zu beachten (vgl. Tab. 32). Den fachlichen Anforderungen gewachsen fühlen sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit 84,1 % häufiger als Erwerbstätige in anderen Bereichen. Was die Arbeitsmenge angeht, fühlen sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst dabei häufiger als andere überfordert (21,7 %), nur 5,1 % geben an, quantitativ unterfordert zu sein.

Bei den körperlichen Arbeitsbedingungen bzw. Umgebungsbedingungen (vgl. Tab. 33) zeigen sich deutliche Parallelen zum Dienstleistungsbereich, während viele der abgefragten Arbeitsbedingungen in der Industrie, insbesondere aber im Handwerk, zum Teil weitaus häufiger vorkommen.

Überraschenderweise geben im Öffentlichen Dienst aber mehr Personen an, mit den körperlichen Arbeitsbedingungen unzufrieden zu sein (25,6 %). In den anderen Bereichen liegt diese Quote ca. 10 % niedriger.

Betrachtet man hingegen die psychischen Arbeitsbedingungen (vgl. Tab. 34) fällt auf, dass hier die Anforderungen im Öffentlichen Dienst zum Teil erheblich größer sind als in den anderen Bereichen. Dies gilt insbesondere für Anforderungen im Bezug auf neue Aufgaben (42,5 %), das Verbessern von Verfahren (31,0 %) oder das Verlangen von nicht Gelerntem (9,8 %). Auch das im Auge halten von verschiedenen Vorgängen gleichzeitig (64,6 %) und häufige Störungen (49,5 %) sind im Öffentlichen Dienst häufiger als in den anderen Bereichen.

Termin- und Leistungsdruck (50,3 %) bzw. die Anforderung, besonders schnell zu arbeiten (37,5 %),

sind hier hingegen seltener. Auch die mit Monotonie und engen Vorgaben verbundenen Anforderungen sind im Öffentlichen Dienst weniger verbreitet.

Für die meisten Arbeitsbedingungen ist der Anteil der Personen, die angeben, dass sie die jeweilige Arbeitsbedingung belastet, im Öffentlichen Dienst höher als in den anderen Wirtschaftsbereichen.

In der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung wurden zusätzlich einige gesundheitliche Beschwerden abgefragt (vgl. Tab 35). Hier zeigen sich für den Öffentlichen Dienst insbesondere bei den Beschwerden, die man eng mit psychischen Belastungen in Verbindung bringt, erhöhte Werte:

- Kopfschmerzen (34,6 %)
- Nächtliche Schlafstörungen (23,1 %)
- Allgemeine Müdigkeit (45,3 %)
- Nervosität oder Reizbarkeit (29,9 %)

Darüber hinaus ist der Anteil derer, die Schmerzen im Nacken- und/oder Schulterbereich haben, leicht höher.

Insgesamt zeigt sich über die überwiegende Zahl der Beschwerden ein erhöhter Anteil an Personen, die aufgrund der Beschwerden einen Arzt oder Therapeuten aufgesucht haben.

Bei der Betrachtung der gesundheitlichen Beschwerden sollte die Altersstruktur des Öffentlichen Dienstes Beachtung finden. Die Arbeitsunfähigkeitsdaten zeigen, dass mit zunehmendem Alter auch die Dauer der einzelnen Arbeitsunfähigkeit zunimmt (vgl. Abschnitt 3.7.2, Abb. 17).

Im Öffentlichen Dienst berichten 39,0 % der Beschäftigten davon, dass Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung angeboten wurden. Nur in der Industrie ist dieser Anteil größer (52,5 %), im Handwerk (22,5 %) und in Dienstleistungsbetrieben ist er (24,1 %) deutlich kleiner. Die Angebote wurden von ca. zwei Drittel der Befragten genutzt, im Handwerk sogar von mehr als drei Viertel.



**Tab. 32** Qualitative und quantitative Anforderungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Erfüllung der Anforderungen	Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
an die fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten					
In der Regel den Anforderungen gewachsen	84,1	81,3	82,7	79,5	<b>81,6</b>
Eher überfordert	4,9	4,5	5,0	4,1	<b>4,5</b>
Eher unterfordert	11,0	14,2	12,3	16,5	<b>13,9</b>
durch die Arbeitsmenge/ das Arbeitspensum					
In der Regel den Anforderungen gewachsen	73,2	78,6	77,9	76,9	<b>76,4</b>
Eher überfordert	21,7	15,6	14,4	15,9	<b>17,2</b>
Eher unterfordert	5,1	5,9	7,7	7,3	<b>6,4</b>

Werte in Prozent

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen

**Tab. 33** Arbeitsbedingungen und Belastungen dadurch in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Arbeitsbedingungen		Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
Arbeiten im Stehen	a	55,4	55,2	78,5	49,0	<b>56,0</b>
	b	23,9	30,0	21,5	26,4	<b>25,7</b>
Arbeiten im Sitzen	a	59,5	50,6	28,2	60,0	<b>53,5</b>
	b	21,7	20,3	15,5	18,6	<b>19,7</b>
Heben / Tragen schwerer Lasten (Männer > 20kg; Frauen > 10 kg)	a	19,5	19,6	44,1	19,4	<b>22,6</b>
	b	61,3	54,4	41,8	51,6	<b>52,0</b>
Rauch, Staub, Gase, Dämpfe	a	7,0	20,9	29,8	8,8	<b>13,8</b>
	b	53,2	62,2	57,8	50,5	<b>57,1</b>
Kälte, Hitze, Nässe, Feuchtigkeit, Zugluft	a	17,4	19,1	40,5	17,8	<b>20,9</b>
	b	52,5	63,2	51,1	49,9	<b>53,7</b>
Öl, Fett, Schmutz, Dreck	a	10,8	26,3	36,1	10,2	<b>17,5</b>
	b	28,0	38,3	32,2	23,6	<b>31,9</b>
Arbeit unter Zwangshaltungen	a	13,3	12,7	31,9	10,0	<b>14,4</b>
	b	56,4	49,4	50,7	47,8	<b>51,2</b>
Starke Erschütterungen, Stöße, Schwingungen	a	3,4	5,1	9,5	3,2	<b>4,5</b>
	b	57,8	57,8	46,2	56,3	<b>54,3</b>
Grelles Licht, schlechte Beleuchtung	a	9,1	9,1	12,5	8,3	<b>9,3</b>
	b	59,6	62,1	55,9	52,4	<b>57,3</b>
Umgang mit gefährlichen Stoffen, Strahlung	a	6,3	10,7	8,5	4,1	<b>6,9</b>
	b	35,2	38,7	42,2	27,5	<b>36,0</b>
Tragen von Schutzkleidung/ -ausrüstung	a	17,3	34,3	32,2	11,4	<b>21,1</b>
	b	14,6	12,8	8,8	10,3	<b>11,9</b>
Arbeiten unter Lärm	a	21,0	37,0	40,3	12,3	<b>24,2</b>
	b	66,7	53,0	45,8	50,8	<b>54,4</b>

a= Anteil in % der Erwerbstätigen, die häufig von diesen Arbeitsbedingungen betroffen sind

b= Anteil in % der Erwerbstätigen, die sich durch diese Arbeitsbedingungen belastet fühlen

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen


**Tab. 34** Arbeitsanforderungen und Belastungen dadurch in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Arbeitsanforderungen		Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
Konfrontation mit neuen Aufgaben	a	42,5	42,4	39,5	35,3	<b>39,5</b>
	b	21,2	13,6	12,7	13,2	<b>15,7</b>
Verfahren verbessern/ etwas Neues ausprobieren	a	31,0	29,4	24,6	25,7	<b>27,9</b>
	b <sup>1</sup>	-	-	-	-	-
Nicht Erlerntes/ Beherrschtes wird verlangt	a	9,8	9,6	8,5	8,2	<b>9,0</b>
	b	52,0	32,9	32,0	36,4	<b>39,7</b>
Verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen	a	64,6	58,6	49,8	57,9	<b>58,9</b>
	b	32,6	27,3	20,0	22,7	<b>26,5</b>
Bei der Arbeit gestört, unterbrochen	a	49,5	47,6	43,0	45,0	<b>46,6</b>
	b	64,2	59,3	57,2	56,6	<b>59,6</b>
Starker Termin-/ Leistungsdruck	a	50,3	57,8	57,0	52,9	<b>53,9</b>
	b	68,0	57,6	54,8	56,4	<b>59,5</b>
Sehr schnell arbeiten	a	37,5	46,0	50,0	45,9	<b>44,1</b>
	b	49,3	44,0	40,5	36,5	<b>42,0</b>
Ständig wiederkehrende Arbeitsvorgänge	a	47,7	49,8	51,7	54,7	<b>51,2</b>
	b	14,0	19,1	10,2	13,1	<b>14,4</b>
Arbeitsdurchführung in allen Einzelheiten vorgeschrieben	a	21,5	28,2	23,4	21,1	<b>23,2</b>
	b	32,7	27,7	30,0	27,6	<b>29,3</b>
Stückzahl, Leistung oder Zeit vorgegeben	a	27,7	37,2	34,6	28,9	<b>31,3</b>
	b	51,9	41,4	44,1	43,6	<b>45,1</b>
Arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit	a	16,8	15,5	20,0	16,6	<b>16,8</b>
	b	74,3	69,2	64,4	67,4	<b>69,3</b>
Kleine Fehler – große finanzielle Verluste	a	10,8	21,1	15,8	15,8	<b>15,6</b>
	b	46,3	43,0	44,5	44,0	<b>44,2</b>

a= Anteil in % der Erwerbstätigen, die häufig von diesen Arbeitsanforderungen betroffen sind

b= Anteil in % der Erwerbstätigen, die sich durch diese Arbeitsanforderungen belastet fühlen

<sup>1</sup> Nicht erhoben

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen



**Tab. 35** Gesundheitliche Beschwerden und Arzt- bzw. Therapeutenbesuche infolgedessen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

Gesundheitliche Beschwerden		Öffentlicher Dienst	Industrie	Handwerk	Dienstleistung	Gesamt
Schmerzen im unteren Rücken, Kreuzschmerzen	a	43,0	40,1	51,4	40,4	42,5
	b	70,6	71,0	67,6	62,8	67,6
Schmerzen im Nacken-, Schulterbereich	a	50,4	40,2	44,7	47,1	46,1
	b	66,9	62,1	61,0	57,9	61,9
Schmerzen in Armen und Händen	a	18,1	20,7	29,3	18,2	20,2
	b	54,9	50,6	41,1	47,4	48,9
Schmerzen in der Hüfte	a	11,0	11,5	14,8	9,3	11,0
	b	65,1	63,3	58,5	56,8	61,0
Schmerzen in den Knien	a	15,4	19,5	31,6	15,2	18,4
	b	58,8	54,6	52,1	52,0	54,3
Schmerzen in den Beinen, Füßen, geschwollene Beine	a	18,4	20,6	22,5	20,5	20,2
	b	42,5	35,3	34,9	31,1	35,5
Kopfschmerzen	a	34,6	25,4	22,1	29,2	28,9
	b	39,2	37,5	35,3	34,8	36,9
Herzschmerzen, Stiche, Schmerzen, Engegefühl in der Brust	a	5,8	5,3	5,5	5,1	5,4
	b	67,8	58,4	67,5	61,6	63,5
Atemnot	a	2,5	2,4	3,4	2,5	2,6
	b	74,5	67,7	66,5	65,0	68,4
Husten	a	7,3	7,6	9,0	6,3	7,3
	b	58,8	56,2	36,2	54,1	53,1
Laufen der Nase oder Niesreiz	a	12,3	11,4	15,3	11,1	12,0
	b	36,5	35,0	31,3	35,4	35,0
Augenbeschwerden, d. h. Brennen, Schmerzen, Rötung, Jucken, Tränen	a	20,7	20,4	14,7	19,4	19,4
	b	54,5	48,7	45,4	43,3	48,2
Hautreizungen, Juckreiz	a	7,8	10,3	10,4	6,3	8,2
	b	56,5	44,9	43,3	55,2	50,6
Nächtliche Schlafstörungen	a	23,1	20,1	15,4	18,3	19,7
	b	24,2	22,0	19,4	21,1	22,2
Allgemeine Müdigkeit, Mattigkeit oder Erschöpfung	a	45,3	42,2	39,7	42,0	42,7
	b	16,8	14,3	12,6	15,2	15,2
Magen- oder Verdauungsbeschwerden	a	11,6	11,3	7,1	9,7	10,3
	b	62,1	62,9	54,4	58,0	60,3
Hörverschlechterung, Ohrgeräusche	a	12,1	17,6	17,6	8,3	12,8
	b	55,9	49,2	48,2	50,0	51,0
Nervosität oder Reizbarkeit	a	29,9	26,2	26,3	26,6	27,4
	b	15,7	15,1	12,6	12,0	13,9
Niedergeschlagenheit	a	18,9	18,2	18,8	17,3	18,1
	b	19,9	14,2	11,0	15,5	15,9
Schwindelgefühl	a	4,9	4,8	4,3	4,8	4,8
	b	55,9	54,5	39,4	48,3	50,9

a= Anteil in % der Erwerbstätigen mit gesundheitlichen Beschwerden während oder unmittelbar nach der Arbeit

b= Anteil in % der durch einen Arzt oder Therapeuten behandelten Personen von den Erwerbstätigen mit gesundheitlichen Beschwerden

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen



### 4.3 Arbeitsunfälle im Öffentlichen Dienst

Bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, von der die Daten für diesen Abschnitt stammen, zählen neben den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst auch Schüler und Studierende, aber auch ehrenamtliche Helfer und z. B. Blutspender zu den Versicherten bei Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand (genauer zu Versicherten in der gesetzlichen Unfallversicherung s. Kap. 2 Erläuterungen). Um diese Auswahl mit dem Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften vergleichbar zu machen, wurden daher in den folgenden Auswertungen nur abhängig Beschäftigte betrachtet.

Insgesamt ereigneten sich im Jahr 2010 119.719 meldepflichtige Unfälle von abhängig Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Dabei handelte es sich bei 89.245 um Arbeitsunfälle. Neben 1.519 neuen Unfallrenten gab es 42 tödliche Arbeits- oder Wegeunfälle.

Die folgenden Beschreibungen beziehen sich lediglich auf den Bereich der meldepflichtigen Arbeitsunfälle. Dem höheren Anteil an weiblichen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst tragen auch die Unfallzahlen in gewisser Weise Rechnung: Während im gewerblichen Bereich nur ca. 22,0 % der Opfer meldepflichtiger Arbeitsunfälle Frauen sind, machen diese im Öffentlichen Dienst einen Anteil von 44,6 % aus. Auch die Altersstruktur im Öffentlichen Dienst mit einem deutlich erhöhten Anteil an über 40-jährigen (vgl. Abb. 21) schlägt sich bei den Unfällen nieder (vgl. Abb. 23).

Von den 89.245 meldepflichtigen Arbeitsunfällen im Öffentlichen Dienst verteilen sich mehr als 50 % auf nur drei Bereiche, in denen sich zudem klare Schwerpunkte ausmachen lassen. So ereigneten sich im Jahr

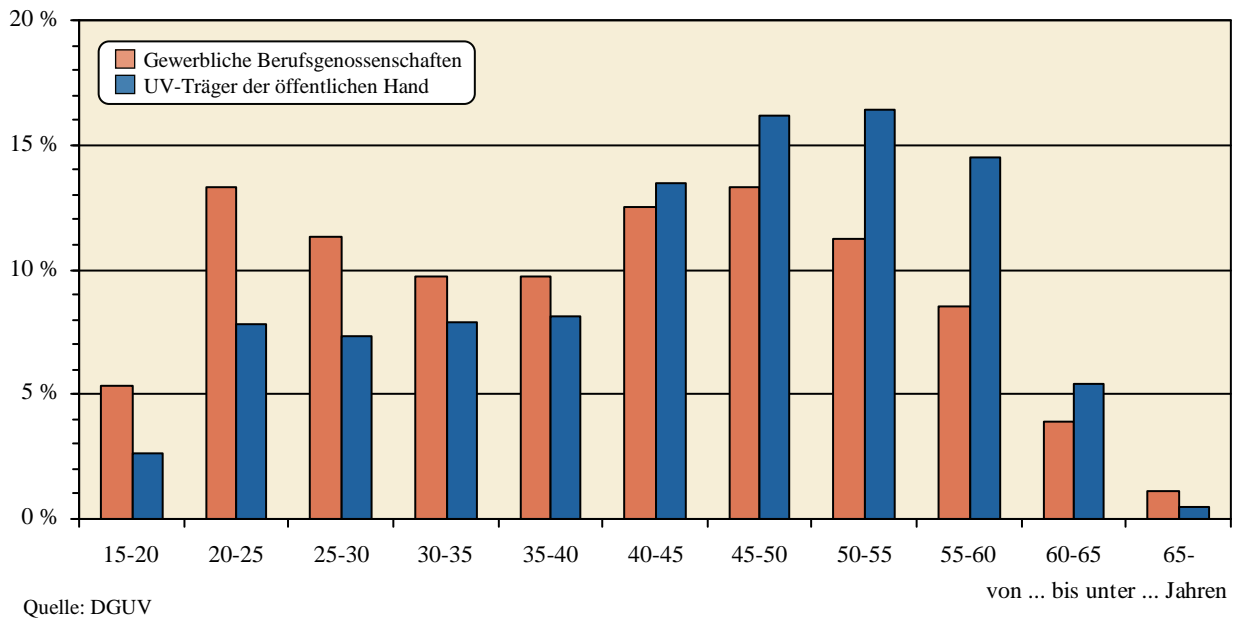
2010 hochgerechnet 16.866 meldepflichtige Arbeitsunfälle bei Allgemeinen Verwaltungen, 12.559 in Krankenhäusern und 10.978 bei Postbetrieben.

In diesen sehr unterschiedlichen Bereichen bilden sich zudem bei Postbetrieben und in Krankenhäusern sehr typische Unfallbilder aus: Fast 80 % der bei Postbetrieben Verunfallten sind Postverteiler oder -sortierer, weitere ca. 10 % sind Boten oder Paketausträger. Ein großer Teil der Opfer rutscht aus oder stolpert (44,7 %) oder verletzt sich bei Bewegungen unter bzw. mit körperlicher Belastung (24,8 %). Die dabei entstehenden Verletzungen sind Prellungen (40,4 %) oder Verstauchungen / Risse (29,5 %), meist an Knien (20,5 %) oder Knöcheln (22,5 %). In Krankenhäusern sind es vornehmlich Krankenschwestern / -pfleger (43,6 %), gefolgt von Ärzten (8,1 %). Bei den Verletzungen sind hier Wunden (24,4 %) häufiger als Prellungen (22,7 %) und Verstauchungen (16,6 %). Der bei weitem am häufigsten betroffene Körperteil ist die Hand (40,8 %).

**Tab. 36** Arbeits- und Wegeunfälle abhängig Beschäftigter nach Unfallversicherungsträger

		Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	Gesamt
Arbeitsunfälle	Meldepflichtige Unfälle	89.245	749.244	<b>838.489</b>
	Neue Unfallrenten	856	14.288	<b>15.144</b>
	Tödliche Unfälle	17	457	<b>474</b>
Wegeunfälle	Meldepflichtige Unfälle	30.474	172.378	<b>202.853</b>
	Neue Unfallrenten	663	5.037	<b>5.700</b>
	Tödliche Unfälle	25	328	<b>353</b>
<b>Gesamt</b>	<b>Meldepflichtige Unfälle</b>	<b>119.719</b>	<b>921.622</b>	<b>1.041.342</b>
	<b>Neue Unfallrenten</b>	<b>1.519</b>	<b>19.325</b>	<b>20.844</b>
	<b>Tödliche Unfälle</b>	<b>42</b>	<b>785</b>	<b>827</b>

Rundungsfehler  
Quelle: DGUV

**Abb. 23:** Meldepflichtige Arbeitsunfälle nach Altersgruppen und Unfallversicherungsträger**Tab. 37** Meldepflichtige Arbeitsunfälle im Öffentlichen Dienst nach Betriebsart

Arbeitsbereich	Meldepflichtige Arbeitsunfälle
Verwaltungen	19.848
<i>Allgemeine Verwaltungen (z. B. Rathäuser, Gemeindeverwaltungen)</i>	16.866
Gesundheitsdienst	16.321
<i>Krankenhäuser</i>	12.559
Nachrichtenwesen	11.762
<i>Postbetriebe</i>	10.978
Bildungswesen	10.566
Bauwesen	8.606
Verkehrswesen	6.672
Entsorgung	4.272
Sonstige Einrichtungen	3.680
Versammlungsstätten, kulturelle Einrichtungen	2.887
Land-/ Garten-/ Forstwirtschaft	2.249
Hilfeleistung, Polizei, Justiz	2.170
Keine Angabe bzw. nicht einzuordnen	212
<b>Gesamt</b>	<b>89.245</b>

Rundungsfehler  
Quelle: DGUV

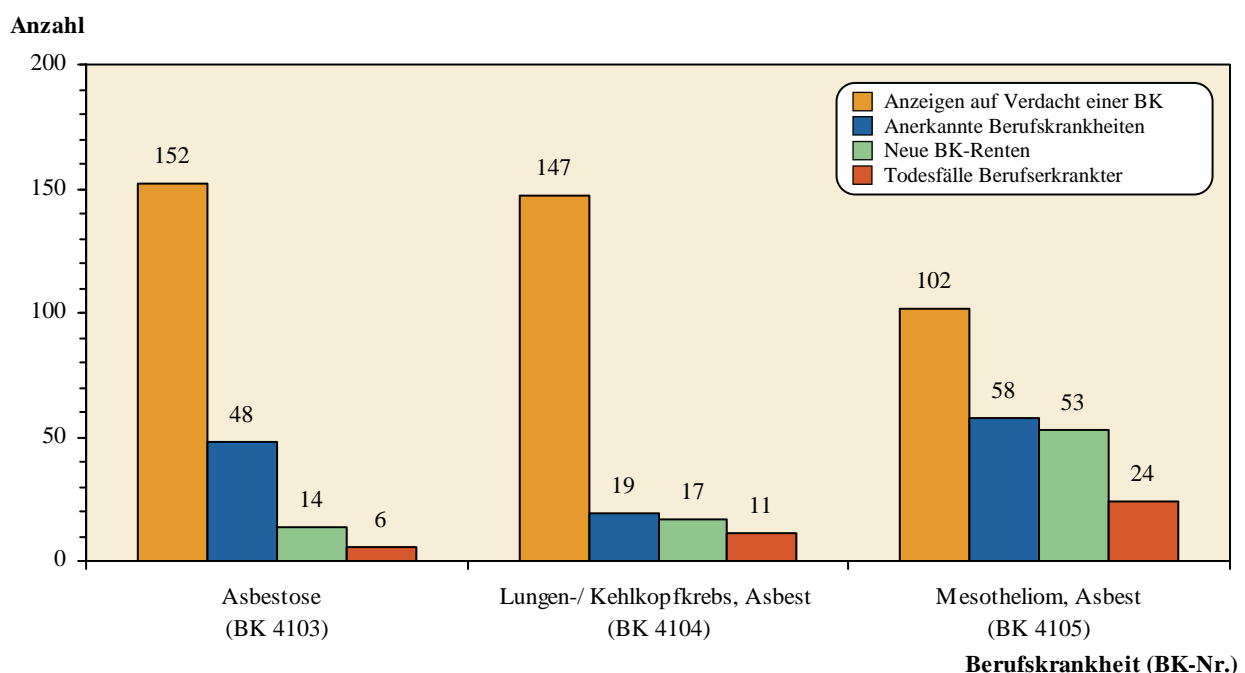
#### 4.4 Berufskrankheitengeschehen im Öffentlichen Dienst

Als Datengrundlage für dieses Kapitel dienen ebenfalls Daten der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. Bei den Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit (Tab. 38) machen die Hauterkrankungen (2.153) die weitaus größte Gruppe aus, gefolgt von durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten (1.445). Hier sind die Schwerpunkte Erkrankungen, die auf Lärm (727) oder auf mechanische Einwirkungen (697; insb. Erkrankungen der Lendenwirbelsäule durch schweres Heben und Tragen mit 342) zurückgehen. Zudem ist der Anteil der Berufskrankheiten hoch, die durch Infektionserreger, Parasiten oder Tropenkrankheiten (1.087) verursacht werden. Letztere spielen bei den Anerkennungen die größte Rolle (351), wobei auch die durch physikalische Einwirkungen verursachten Krankheiten mit 312 Anerkennungen (insb. Lärm mit 277) als Schwerpunkt zu nennen sind.

Einen weiteren Schwerpunkt – insbesondere bei den neuen Verrentungsfällen und den Todesfällen aufgrund der Berufskrankheit – stellen die Erkrankungen der Atemwege (inkl. Lungen, Rippen- und Bauchfell) dar, wobei die Erkrankungen durch anorganische Stäube (z. B. Asbest) einen wesentlichen Anteil ausmachen. So entfallen allein auf asbestbedingte Erkrankungen wie Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs und Mesotheliom (Bindegewebstumor) 401 Verdachtsanzeigen (7,1 % des Gesamtvolumens im

Öffentlichen Dienst). Mit 125 anerkannten Berufskrankheiten ist der Anteil dieser Erkrankungen mit 14,7 % deutlich höher. Bei den neuen Berufskrankheitenrenten (84) machen die drei genannten asbestbedingten Erkrankungen fast die Hälfte aus, bei den Todesfällen noch weit mehr (41; 71,9 %).

**Abb. 24:** Berufskrankheiten im Öffentlichen Dienst im Zusammenhang mit Asbest



Quelle: DGUV





Tab. 38 Berufskrankheiten im Öffentlichen Dienst

BK-Nr.	Bezeichnung	Anzeigen auf Verdacht	Anerkannte Berufskrankheiten	Neue BK-Renten	Todesfälle Berufserkrankter
1	Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten	189	12	11	1
11	<i>Metalle und Metalloxide</i>	10	0	0	0
12	<i>Erstickungsgase</i>	7	0	0	0
13	<i>Lösemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe</i>	172	12	11	1
2	Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten	1.445	312	30	3
21	<i>Mechanische Einwirkungen</i>	697	30	12	1
22	<i>Druckluft</i>	1	0	0	0
23	<i>Lärm</i>	727	277	13	0
24	<i>Strahlen</i>	20	5	5	2
3	Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten	1.087	351	21	4
31	<i>Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten</i>	1.087	351	21	4
4	Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells	663	153	103	49
41	<i>Erkrankungen durch anorganische Stäube</i>	451	129	88	46
42	<i>Erkrankungen durch organische Stäube</i>	22	4	3	1
43	<i>Obstruktive Atemwegserkrankungen</i>	190	20	12	2
5	Hautkrankheiten	2.153	16	11	0
51	<i>Hautkrankheiten</i>	2.153	16	11	0
6	Krankheiten sonstiger Ursachen	1	0	0	0
61	<i>Augenzittern der Bergleute</i>	1	0	0	0
	§ 9 Abs.2 SGB VII / Sonstige Anzeige	122	5	3	0
	<b>Gesamt</b>	<b>5.660</b>	<b>849</b>	<b>179</b>	<b>57</b>

Quelle: DGUV



#### 4.5 Restrukturierungen im Öffentlichen Dienst

Seit längerem ist eine zunehmende Tendenz zu Umstrukturierungsprozessen in Unternehmen zu beobachten. Obgleich diese im Öffentlichen Dienst zunächst verzögert einsetzen, haben die Entwicklungen inzwischen auch diesen Wirtschaftsbereich erreicht. Nicht zuletzt aufgrund von Personalkürzungen und gestiegenen Anforderungen an Kosten-Nutzen-Rechnungen ergeben sich auch hier Restrukturierungsnotwendigkeiten. Ähnlich wie in anderen Bereichen ist auch im Öffentlichen Dienst davon auszugehen, dass sich diese Notwendigkeiten verstetigen.

Um einen Blick auf die veränderten Anforderungen im Zusammenhang mit Restrukturierungsprozessen zu werfen, werden die auch in Abschnitt 4.2 genutzten Daten der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/ 2006 ausgewertet, in denen die Erwerbstätigen auch nach Umstrukturierungsmaßnahmen im eigenen Unternehmen innerhalb der letzten 2 Jahre befragt wurden.

Im Öffentlichen Dienst gaben genauso viele Befragte an (52,8 %), dass in ihrem Betrieb in den letzten zwei Jahren Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, wie in der Industrie (vgl. Abb. 25). Im Handwerk (26,8 %) und im Dienstleistungsbereich (40,3 %) liegt der Anteil niedriger. Natürlich darf hier die Betriebsgröße nicht außer Acht gelassen werden. In den beiden Branchen mit hohen Restrukturierungsanteilen findet man vermehrt große Unternehmen, in denen deutlich häufiger Umstrukturierungsprozesse stattfinden.

Diese Prozesse haben weitreichende Auswirkungen auf die Beanspruchungen und das gesundheitliche Befinden der Betroffenen (Beermann & Rothe, 2010). Als Betroffene gelten dabei nicht nur diejenigen, die z. B. durch Entlassungen direkt von Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, auch die gerne als

„Survivor“ (engl.: Überlebende) bezeichneten Beschäftigten, die im Unternehmen verbleiben, berichten häufig von deutlichen Beeinträchtigungen (Schlafstörungen, Stress, etc.).

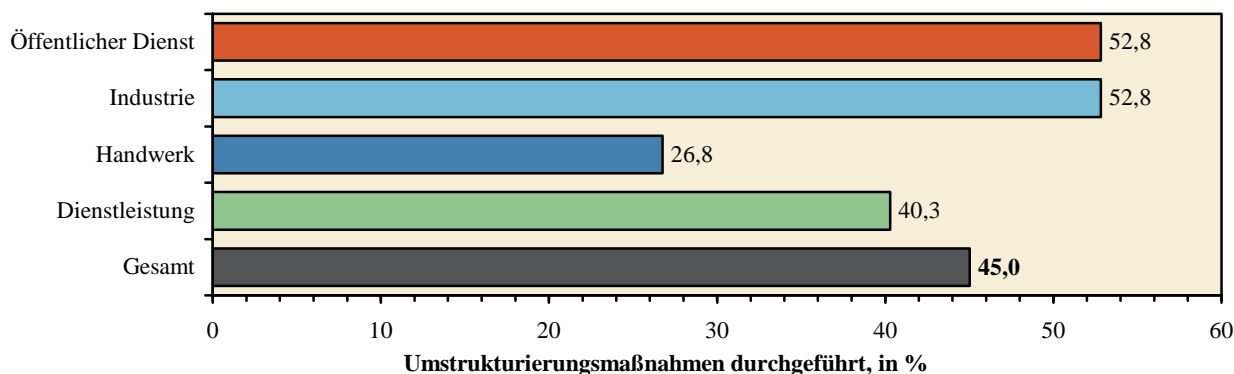
Auch wenn sie nicht mit Entlassungen verbunden sind, haben Umstrukturierungen häufig Auswirkungen, die nicht nur das engste Arbeitsumfeld umfassen. So sind nicht selten deutlich veränderte Anforderungen für viele Mitarbeiter die erste Folge.

Bezogen auf die physischen und psychischen Arbeitsanforderungen (vgl. Tab. 33 und 34), zeigt sich, dass in Unternehmen mit Umstrukturierungen insbesondere die psychischen Anforderungen zum Teil erheblich höher sind. Diese Unterschiede zwischen Befragten aus Unternehmen mit bzw. ohne Umstrukturierungen sind im Öffentlichen Dienst in ähnlicher Form spürbar wie in Unternehmen aus anderen Bereichen (vgl. Tab. 39). Etwa 10 % höhere Werte bei den Unternehmen mit Umstrukturierungen sind dabei keine Seltenheit. So sind z. B. das Arbeiten unter Termin- und Leistungsdruck und das Gefühl sehr schnell arbeiten zu müssen in Unternehmen mit Restrukturierungen weit- aus häufiger (ÖD: 57,9 % vs. 41,9 %; außerhalb: 64,1 % vs. 49,0 %).

Die Veränderungen bei den körperlichen Arbeitsbedingungen hingegen sind deutlich geringer. Des Weiteren sind die Unterschiede zwischen Öffentlichem Dienst und anderen Bereichen auch hier nur gering.

Als Folge von Restrukturierungsprozessen werden oft zunehmende gesundheitliche Beschwerden berichtet. Die Daten der Befragung geben hier eindeutige Hinweise. Besonders deutlich erhöhen sich z. B. Nervosität oder Reizbarkeit, nächtliche Schlafstörungen und allgemeine Müdigkeit. Aber auch körperliche Schmerzen – z. B. im Rücken, Nacken oder auch Kopfschmerzen – werden verstärkt genannt.

**Abb. 25:** In den letzten 2 Jahren durchgeführte Umstrukturierungsmaßnahmen nach Wirtschaftsbereichen



Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen



**Tab. 39** Psychische Anforderungen in Betrieben mit und ohne Umstrukturierungen

Arbeitsanforderungen	Öffentlicher Dienst		Kein Öffentlicher Dienst	
	Umstrukturiierungen	Keine Umstrukturiierungen	Umstrukturiierungen	Keine Umstrukturiierungen
Konfrontation mit neuen Aufgaben	47,6	36,8	45,7	33,1
Verfahren verbessern/ etwas Neues ausprobieren	35,5	26,2	34,3	21,4
Nicht Erlerntes/ Beherrschtes wird verlangt	11,3	8,0	11,5	6,6
Verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen	70,2	58,5	65,2	50,6
Bei der Arbeit gestört, unterbrochen	56,6	41,6	55,4	38,6
Starker Termin-/ Leistungsdruck	57,9	41,9	64,1	49,0
Sehr schnell arbeiten	43,1	31,3	51,2	43,4
Ständig wiederkehrende Arbeitsvorgänge	47,0	48,5	50,4	54,0
Arbeitsdurchführung in allen Einzelheiten vorgeschrieben	23,8	18,7	26,2	22,0
Stückzahl, Leistung oder Zeit vorgegeben	32,4	22,5	38,2	28,6
Arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit	20,4	12,9	20,8	14,0
Kleine Fehler – große finanzielle Verluste	13,6	7,6	21,4	14,7

Werte in Prozent

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen

Weiterführende Literatur:

Beermann, B., Rothe, I. (2011): Restrukturierung, betriebliche Veränderungen und Anforderungen an die Beschäftigten – empirische Befunde. In: Schröder,

L., Urban, H.-J. (Hrsg): Gute Arbeit. Folgen der Krise, Arbeitsintensivierung, Restrukturierung. S. 40-53, Bund Verlag, Frankfurt a. M.

**Tab. 40** Ausgewählte gesundheitliche Beschwerden in Betrieben mit und ohne Umstrukturierungen

Gesundheitliche Beschwerden	Öffentlicher Dienst		Kein Öffentlicher Dienst	
	Umstrukturiierungen	Keine Umstrukturiierungen	Umstrukturiierungen	Keine Umstrukturiierungen
Schmerzen im unteren Rücken, Kreuzschmerzen	46,0	39,6	43,4	41,5
Schmerzen im Nacken-, Schulterbereich	53,7	46,7	47,0	42,5
Kopfschmerzen	37,3	31,5	31,5	23,2
Augenbeschwerden, d.h. Brennen, Schmerzen, Rötung, Jucken, Tränen	24,3	16,7	23,5	15,6
Nächtliche Schlafstörungen	27,3	18,3	23,4	14,8
Allgemeine Müdigkeit, Mattigkeit oder Erschöpfung	49,5	40,6	47,9	37,0
Nervosität oder Reizbarkeit	34,6	24,8	32,9	21,8
Niedergeschlagenheit	21,1	16,3	21,5	15,2

Werte in Prozent

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/2006, eigene Berechnungen